

Europäische Kommission

Andreas Hofmann

Kurz nach ihrer Nominierung im Juli 2019 hatte die neue Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen angekündigt, die Arbeit der neuen Kommission auf sechs politische Schwerpunktthemen zu konzentrieren. Nach ihrem Amtsantritt hatte die neue Kommission einen ambitionierten Arbeitsplan vorgelegt, der sich an diesen Leitlinien orientierte. All diese Planung wurde durch den Ausbruch und die rapide Ausbreitung der Covid-19-Pandemie nahezu nebensächlich. Im Frühjahr des Jahres 2020 sah sich die Kommission weitgehend an den Seitenlinien des Geschehens, während die Mitgliedstaaten vornehmlich eigene Lösungen für den Schutz ihrer Bevölkerungen suchten. Erst mit dem Vorschlag, ein umfangreiches Wiederaufbaupaket mit einer in ihren Dimensionen völlig neuartigen Schuldenaufnahme an den EU-Haushalt zu koppeln, konnte die Kommission wieder Einfluss auf das politische Handeln in Europa zurückgewinnen.

Wahl der neuen Kommission

Am 2. Juli 2019 einigte sich der Europäische Rat auf die Nominierung der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin von der Leyen als Kandidatin für die Präsidentschaft der Kommission.¹ Diese Entscheidung sorgte für tiefen Unmut im Europäischen Parlament, da von der Leyen im Wahlkampf nicht als Spitzenkandidatin einer europäischen Partei aufgetreten war und das Parlament eigentlich keine Abweichung vom Spitzenkandidatenprinzip dulden wollte.² Dennoch wählte das Europäische Parlament von der Leyen am 16. Juli 2019 mit knapper Mehrheit zur Kommissionspräsidentin. Im nächsten Schritt war es nun an den Regierungen der Mitgliedstaaten, KandidatInnen für das Kollegium der KommissarInnen vorzuschlagen. In ihrer Bemühung um eine Geschlechterparität in der Kommission hatte von der Leyen die Regierungen aufgerufen, sicherzustellen, dass ebenso viele Frauen wie Männer nominiert würden.³ Die Liste an KandidatInnen, die von der Leyen Anfang September präsentierte, kam dem nahe: Neben der Präsidentin enthielt die Liste 14 Männer und zwölf Frauen (in Erwartung ihres Austritts hatte die Regierung des Vereinigten Königreichs keine KandidatIn vorgeschlagen).

Diese KandidatInnen mussten sich nun wie in vorherigen Nominierungsprozessen üblich Anhörungen im Europäischen Parlament stellen. Für drei KandidatInnen endeten die Anhörungen in Ablehnung. Die prominenteste unter ihnen war Sylvie Goulard, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, französische Verteidigungsministerin und enge Vertraute Emmanuel Macrons, die von der Leyen für das Binnenmarktportfolio vorgesehen hatte.⁴ Die offiziell vom Europäischen Parlament vorgetragenen Gründe für die Ablehnung waren ethische Fragen über ihre Arbeit für einen amerikanischen „Think

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäischer Rat“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäisches Parlament“ in diesem Jahrbuch.

3 Daniel Boffey: Candidate for top EU job touts gender equality ahead of vote, in: TheGuardian.com, 16.7.2019.

4 Deutsche Welle (DW.com): EU member states accept Von der Leyen's gender-balanced list of commissioners, 10.9.2019.

Tank“ während ihrer Zeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments und ihre Rolle in einem Finanzskandal über Ausgaben ihrer Partei Mouvement démocrate (MoDem) im Europäischen Parlament.⁵ Kommentatoren sahen in der Ablehnung aber auch eine Revanche des Europäischen Parlaments gegenüber Macron, der als Gegner des Spitzenkandidatenprinzips die Nominierung des konservativen Spitzenkandidaten Manfred Weber verhindert hatte.⁶ Macron nominierte anstelle Goulards den ehemaligen französischen Finanzminister und Unternehmer Thierry Breton. Neben Goulard lehnte das Europäische Parlament die rumänische Kandidatin Rovana Plumb und den ungarischen Kandidaten László Trócsányi ab, beide aufgrund von finanziellen Interessenkonflikten. Plumb hatte in ihren Finanzauskünften private Kredite in Gesamthöhe von einer Mio. Euro unerwähnt gelassen; Trócsányis Anwaltskanzlei hatte Aufträge der ungarischen Regierung angenommen, während er selber Justizminister war.⁷ Diese Vorgänge gekoppelt mit diversen Verzögerungen bei der Nachnominierung neuer KandidatInnen resultierten darin, dass die neue Kommission nicht wie ursprünglich vorgesehen am 1. November 2019 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Erst am 27. November 2019 stellte sich das neue Kollegium der KommissarInnen im Europäischen Parlament zur Abstimmung. Diese fiel dann in Anbetracht der Kontroversen im Vorfeld recht deutlich aus. 461 von 707 Abgeordnete stimmten für die Kommission, 89 Abgeordnete enthielten sich, 157 stimmten dagegen.⁸ Zustimmung kam aus den Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) und Renew Europe (ehemals Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE), die Enthaltungen vornehmlich aus der Fraktion der Grünen. Nach dieser Bestätigung konnte die neue Kommission ihr Amt zum 1. Dezember 2019 aufnehmen.

Das neue Kollegium

Das neue Kollegium der KommissarInnen beinhaltet eine Reihe bekannter Gesichter. Acht Mitglieder des Kollegiums waren bereits Mitglieder der Juncker-Kommission, darunter auch Frans Timmermans, Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis, die zukünftig die Rolle von „Exekutiv-VizepräsidentInnen“ einnehmen. Diese Position, die von der Leyen neu geschaffen hat, ist eine Art Kombination der Position der VizepräsidentInnen und der „gewöhnlichen“ KommissarInnen. Mit den VizepräsidentInnen hatte Jean-Claude Juncker erstmals eine Hierarchie in das Kollegium eingeführt. Die InhaberInnen dieser Position sollten die Arbeit mehrerer Ressorts koordinieren und beaufsichtigen, hatten selber jedoch keinen direkten Zugriff auf inhaltlich arbeitende Generaldirektionen. Die neue Position der Exekutiv-VizepräsidentInnen kombiniert nun diese Bündelungsfunktion mit eigener Ressortzuständigkeit.⁹ Timmermans ist zuständig für Klimapolitik und den „Europäischen Green Deal“, Vestager für Digitalisierung und Dombrovskis für Wirtschaftsfragen. Dass gerade Timmermans auch in der neuen Kommission eine herausragende Rolle einnimmt, kann als Eingeständnis von der Leyens an die Tatsache gewertet werden, dass Timmer-

5 Jennifer Rankin: Macron blames 'political game' as MEPs reject commission candidate, in: *TheGuardian.com*, 10.10.2019.

6 Aline Robert: Why the European Parliament rejected Sylvie Goulard, in: *Euractiv*, 10.10.2019.

7 Maia de La Baume/Anca Gurzu/Lili Bayer: Von der Leyen seeks new recruits after Parliament torpedoes two, in: *Politico.eu*, 1.10.2019.

8 Hendrik Kafsack: EU-Parlament bestätigt von der Leyens Kommission, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.11.2019.

9 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Ein ausbalanciertes Kollegium, 11.9.2019, S. 6.

mans im Wahlkampf Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) war.¹⁰ Timmermans wird als „erster Vizepräsident“, der er bereits in der Juncker-Kommission war, die Präsidentin während Abwesenheiten vertreten.¹¹ Auch Vestager war im Wahlkampf Mitglied des Führungsteams der ALDE, auch wenn diese Partei keine explizite Spitzenkandidatin aufgestellt hatte.

Neben den Exekutiv-VizepräsidentInnen umfasst das neue Kollegium zudem fünf „reguläre“ VizepräsidentInnen (inklusive des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, der laut EU-Vertrag ein Vizepräsident der Kommission ist und für den ein separates Nominierungsverfahren existiert) in der alten Bündelungsfunktion, darunter die ehemalige tschechische Ministerin für regionale Entwicklung Věra Jourová, die unter Präsident Juncker bereits das Justizressort innehatte und nun als Vizekommissarin für „Werte und Transparenz“ für die Durchsetzung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips zuständig ist.¹²

Wie frühere Kommissionen setzt sich auch die Kommission von der Leyens aus hochrangigen Politikern zusammen, darunter zwei vormalige Regierungschefs (Dombrovskis und der Italiener Paolo Gentiloni) und 15 vormalige Minister. Die Ablehnung Goulards und die Nachbenennung Brettons hatte zur Folge, dass von der Leyen das Ziel der Geschlechterparität im Kollegium letztlich verfehlte. Die neue Kommission umfasst zum Zeitpunkt ihres Amtsantritts zwölf Frauen und 15 Männer. Demgegenüber besagen die neuen Regeln für die Zusammensetzung der Kabinette der Kommissionsmitglieder, dass mindestens 50 Prozent der hochrangigen Positionen weiblich zu besetzen seien.¹³ Dieses Ziel wurde augenscheinlich erreicht, wobei KommentatorInnen darauf hinwiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Kabinettschefs nach wie vor männlich ist.¹⁴

Im Zuge der Neubesetzung des Kollegiums kam es auch an der Spitze des administrativen Arms der Kommission zu einer Veränderung. Der erst 2018 – unter kontroversen Umständen – eingesetzte Generalsekretär der Kommission, Martin Selmayr, trat Mitte Juli 2019 von seinem Amt zurück. Nachdem der Europäische Rat die Deutsche von der Leyen für das Amt der Kommissionpräsidentin nominiert hatte, schien es politisch problematisch, die administrative Leitung der Kommission ebenfalls bei einem Deutschen zu belassen.¹⁵ Selmayrs Nachfolgerin wurde die aus Lettland stammende Vize-Generalsekretärin Ilze Juhansone.

„Eine Union, die mehr erreichen will“ – politische Leitlinien der neuen Kommission

In ihrem Bewerbungsvortrag vor dem Europäischen Parlament stellte Ursula von der Leyen am 16. Juli 2019 die zentralen politische Leitlinien ihrer Kommission vor.¹⁶ Unter dem Titel „Eine Union, die mehr erreichen will“ listete von der Leyen sechs Schwerpunk-

10 Tagesschau.de: Drei mächtige Vizes für von der Leyen, 10.9.2019.

11 Europäische Kommission: Mitteilung der Präsidentin an die Kommission. Die Arbeitsmethoden der Europäischen Kommission, 1.12.2019, P(2019) 2.

12 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Rechtsstaatlichkeit“ in diesem Jahrbuch.

13 Europäische Kommission: Mitteilung der Präsidentin an die Kommission: Rules governing the composition of the Cabinets of the Members of the Commission and of the Spokesperson's Service, 1. Dezember 2019, P(2019) 3.

14 Natasha Foote/Gerardo Fortuna: The Brief – Gender-washing at the Commission?, in: Euractiv.com, 6.12.2019.

15 Florian Eder: Ilze Juhansone to be European Commission's top civil servant, in: Politico.eu, 14.1.2020.

16 Ursula von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, 16.7.2019.

themen auf, an denen sich die Arbeit der Kommission zukünftig orientieren sollte: Erstens an einem Europäischen Green Deal; zweitens an einer Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht; drittens an einem Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist; viertens zu schützen, was Europa ausmacht; fünftes an einem stärkeren Europa in der Welt und sechstens an einem neuen Schwung für die Demokratie in Europa.

Ziel des Europäischen Green Deals ist es, den Weg für Europa als weltweit ersten klimaneutralen Kontinent zu ebnen. Am 11. Dezember 2019 veröffentlichte die Kommission dazu eine Mitteilung, die ihre Zielsetzung weiter konkretisieren sollte.¹⁷ Demnach versteht die Kommission den Europäischen Green Deal als

„eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.“¹⁸

Kernpunkt des Vorhabens ist ein europäisches Klimagesetz, dass das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 rechtlich verbindlich festschreiben soll. Die Kommission hat dazu am 4. März 2020 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt.¹⁹

Um das Ziel zu erreichen, sieht der Vorschlag vor, die Zielvorgabe einer Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 von 40 Prozent gegenüber 1990, wie im Rahmen des Übereinkommens von Paris beschlossen, auf 55 Prozent zu erhöhen und diese Ziffer verbindlich festzuschreiben. Der Gesetzesvorschlag sieht eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung dieser Ziele vor und soll die Kommission zudem ermächtigen, Mitgliedstaaten Empfehlungen auszusprechen, die diese dann umsetzen oder eine Nicht-Umsetzung zumindest begründen sollen.²⁰ Über das Klimagesetz hinaus umfasst der Europäische Green Deal einen Fahrplan für eine große Bandbreite an Maßnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, intelligente Mobilität und Lebensmittelproduktion.²¹

Im Schwerpunktthema Wirtschaftspolitik kündigte von der Leyen eine breite Palette von Maßnahmen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit an, darunter Bemühungen um die Schaffung eines „Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit für das Euro-Währungsgebiet“ innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), mehr Flexibilität bei der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), die einen „wachstumsfreundlicheren finanzpolitischen Kurs“ in den Mitgliedstaaten erlauben sollte, eine Ausrichtung des Europäischen Semesters an den Zielen der Vereinten Nationen (VN) für nachhaltige Entwicklung, die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, eine Gesetzesinitiative zur Einführung nationaler Mindestlöhne, eine Initiative zur Schaffung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wie etwa eine europäische Kindergarantie, die einen rechtlichen Anspruch auf Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen beinhaltet, sowie eine europäische Gleichstellungsstrategie, die sowohl das Ziel der Entgeltparität verfolgen soll als auch eine

17 Europäische Kommission: Mitteilung – Der Europäische Grüne Deal, 11.12.2019, COM(2019) 640.

18 Europäische Kommission: Mitteilung – Der Europäische Grüne Deal, 2019, S. 2.

19 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität, 4.3.2020, COM(2020) 80.

20 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Für Klimaneutralität bis 2050. Kommission schlägt Europäisches Klimagesetz vor und startet Konsultation zum Europäischen Klimapakt, 4.3.2020, IP/20/335.

21 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Umwelt- und Klimapolitik“ in diesem Jahrbuch.

Geschlechterparität auf der Leitungsebene wirtschaftlicher Unternehmen.²² Eine Reihe dieser Ziele konkretisierte die Kommission am 14. Januar 2020: In ihrer Mitteilung zu einem „gerechten Übergang“ (in die Klimaneutralität) betont die Kommission, dass ihre Sozialstrategie dafür Sorge, dass „der Wandel in Bezug auf Klimaneutralität, Digitalisierung und demografischen Wandel sozialverträglich und gerecht erfolgt“.²³ Konkrete Gesetzesinitiativen hat die Kommission bisher noch nicht vorgelegt, allerdings laufen Konsultationsprozesse etwa zu den Rechtsvorschriften zu nationalen Mindestlöhnen²⁴ oder der Entgelttransparenz²⁵.

Zur Förderung des Schwerpunkts digitale Technologien kündigte von der Leyen Investitionen in Technologieentwicklung und gemeinsame Normensetzung an, Rechtsvorschriften für einen ethischen Umgang mit künstlicher Intelligenz, rechtlich bindende Haftungs- und Sicherheitsbestimmungen für digitale Dienste sowie einen Aktionsplan für digitale Bildung. Auch diese Vorhaben konkretisierte die Kommission im Februar 2020 in einer Mitteilung zur europäischen Digitalstrategie.²⁶

Der Schwerpunktbereich, den von der Leyen ursprünglich „Schützen, was Europa ausmacht“ nannte, umfasst Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres. Nach anfänglicher Kritik an der Wortwahl, in der Kritiker ein Symbol für die Abschottung des Kontinents gegenüber Migration aus Drittländern sahen, firmiert dieser Schwerpunkt nun unter dem Titel „Förderung unserer europäischen Lebensweise“.²⁷ Unter dieser Rubrik kündigte von der Leyen weitere Maßnahmen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU an, einen neuen Asyl- und Migrationspakt, der die Dublin-Asylregelung neu gestalten soll, eine Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, einen gesetzlichen Rahmen für Such- und Rettungseinsätze sowie erweiterte Kompetenzen der europäischen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung grenzüberschreitendem Terrorismus.²⁸

In Bezug auf das Schwerpunktthema Außenpolitik betonte von der Leyen die Wichtigkeit multilateraler Problemlösungsansätze und die Notwendigkeit einer starken, offenen und fairen Handelsagenda bei gleichzeitiger Beibehaltung hoher Standards in Umwelt-, Klima- und Arbeitsschutz. Sie kündigte dazu die Einrichtung der Position eines Handelsbeauftragten an, der die Umsetzung von Handelsabkommen überwacht. Des Weiteren will sie sich dafür einsetzen, auch im außenpolitischen Bereich Mehrheitsabstimmungen zuzulassen. Sie kündigte zudem Maßnahmen zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion innerhalb von fünf Jahren an, inklusive einer Aufstockung des Verteidigungsfonds.

Für die Arbeit im Schwerpunktbereich „Demokratie in Europa“ schließlich betonte von der Leyen ihre Unterstützung für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments in der Gesetzgebung. Auch in Bezug auf die Zukunft des Spitzenkandidatenprinzips zeigte

22 Von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will, 2020, S. 9-15. Vgl. hierzu auch die Beiträge „Gleichstellungspolitik“, „Wirtschaftspolitik“ und „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

23 Europäischen Kommission: Mitteilung – Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang, 14.1.2020, COM(2020) 14.

24 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Gerechte Mindestlöhne: Kommission leitet zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner ein, 3.6. 2020, IP/20/979.

25 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter: hin zu einer Union der Gleichheit, 5.3.2020, IP/20/358.

26 Europäische Kommission: Mitteilung – Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, 19.2.2020, COM(2020) 67.

27 Spiegel.de: Von der Leyen ändert umstrittenen Namen des Migrationsressorts, 13.11.2019.

28 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik“ und „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“ in diesem Jahrbuch.

sich von der Leyen konzilient, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufstellung länderübergreifender Listen europäischer Parteien für die Europawahl 2024. Zudem betonte sie die Notwendigkeit von Transparenz in Rechtssetzungsverfahren und gemeinsamen Maßnahmen zur Abwehr äußerer Einflussnahme auf demokratische Prozesse. Zentrales Projekt in diesem Bereich ist aber die Einberufung einer Konferenz zur Zukunft Europas, die basierend auf breiter Bürgerbeteiligung ursprünglich am Europatag, dem 9. Mai 2020, beginnen und zwei Jahre lang dauern sollte. Die Konferenz soll

„offene, inklusive, transparente und strukturierte Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichen Hintergrunds und aus sämtlichen Gesellschaftsschichten ermöglichen“,

insbesondere zur inhaltlichen Ausrichtung der EU und möglichen demokratischen Innovationen.²⁹ Die Kommission versteht dabei die Konferenz als „Forum, dessen Ausgangs- und Orientierungspunkt die Bevölkerung ist“.³⁰ Ergebnisse dieser offenen Debatten sollen „zu konkreten Empfehlungen für künftige EU-Maßnahmen führen“.³¹ Die Kommission erklärte sich dazu bereit, „die Rückmeldungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Legislativagenda zu berücksichtigen“.³² In ihren politischen Leitlinien hatte von der Leyen noch betont, für Vertragsänderungen offen zu sein. KommentatorInnen haben jedoch hervorgehoben, dass spätere Dokumente der Kommission bewusst vermeiden, von möglichen Vertragsveränderungen zu sprechen.³³ Der Vorstoß der Kommission wird von Europäischem Parlament und Rat unterstützt, allerdings haben der Ausbruch der Covid-19-Pandemie sowie Differenzen zwischen den Institutionen über die konkrete Ausgestaltung der Konferenz den Startpunkt bis auf weiteres verschoben.³⁴

Die neue Schwerpunktsetzung schlägt sich auch in der Struktur der Kommissionsarbeit nieder. Jedem der sechs Schwerpunktthemen ist nun eine spezielle „Kollegiumsgruppe“ zugeordnet, die

„zur Ausarbeitung kohärenter politischer Strategien und zur Erreichung entsprechender Ergebnisse beitragen und sich dabei auf bereichsübergreifende Fragen und den Aufbau gemeinsamer Verantwortungsbereiche konzentrieren“,

soll.³⁵ Diese Gruppen bündeln die Arbeit mehrerer Ressorts, die dem Schwerpunkt thematisch nahestehen. So umfasst die Gruppe zum Europäischen Green Deal etwa die Ressorts Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Verkehr, Gesundheit und Kohäsion.

Reaktionen auf SARS-CoV-2 und der mehrjährige Finanzrahmen

Die Schwerpunktprojekte der Kommission wurden im Frühjahr 2020 vom Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Europa überschattet.³⁶ Die Kommission leitete bereits im Januar 2020 erste Maßnahmen ein, hat jedoch letztlich wenig eigene Kompetenzen im Bereich

29 Europäische Kommission: Pressemitteilung, Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, 22.1.2020, IP/20/89.

30 Europäische Kommission: Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, 2020.

31 Europäische Kommission: Mitteilung – Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, 22.1.2020, COM(2020) 27.

32 Europäische Kommission: Mitteilung – Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, 2020.

33 Maïa de La Baume: Conference on the Future of Europe: Don't mention the T word, in: Politico.eu, 21.1.2020.

34 Hans von der Burchard/Maïa de La Baume: Conference on EU's future derailed by leadership fight, in: Politico.eu, 21.9.2020.

35 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Die Arbeitsmethoden der Europäischen Kommission, 4.12.2019, IP/19/6657, S. 10.

36 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

Gesundheitsschutz.³⁷ Auf Anrufen Frankreichs koordinierte die Kommission Ende Januar 2020 ein EU-Katastrophenschutzverfahren zur Rückholung von EU-BürgerInnen aus dem chinesischen Wuhan.³⁸ Einen Tag später berichtete Gesundheitskommissarin Kyriakides, die Mitgliedstaaten hätten ihr ein „hohes Niveau der Bereitschaft“ sowohl im Zugang zu Labordiagnosen als auch hinsichtlich der Information der Bevölkerung signalisiert. Die Kommission stehe mit allen verfügbaren Ressourcen zur Verfügung, gleichzeitig komme ihr aber nur eine unterstützende und koordinierende Rolle zu.³⁹ In den sich daraufhin überstürzenden Ereignissen nahm die Kommission nur eine Nebenrolle ein, während die Mitgliedstaaten zunehmend auf ihr eigenes Wohl bedacht waren. Die italienische Regierung initiierte Ende Februar ein EU-Katastrophenschutzverfahren, um die Versorgung mit Schutzkleidung für medizinisches Personal zu sichern; aus Sorge vor der Belastung eigener Bestände kam dem Ersuchen aber kein anderer Mitgliedstaat nach.⁴⁰ Am 2. März 2020 setzte die Kommission einen Pandemie-Krisenstab ein, um gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren,⁴¹ am 16. März präsentierte sie Leitlinien, nach denen die Mitgliedstaaten Grenzsicherungen koordinieren sollten⁴² und am 14. April 2020 einen europäischen Fahrplan für die Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von SARS-CoV-2.⁴³ Diese Aktivitäten trugen aber nur bedingt zum Eindruck einer koordinierten Antwort der EU auf SARS-CoV-2 bei. Der Eindruck der Uneinigkeit wurde bestärkt durch die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen über finanzielle Hilfen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Krise. Von der Leyen schien diese Verwerfungen noch zu befeuern, als sie in einem Interview mit der deutschen Presseagentur am 28. März 2020 die von der italienischen und spanischen Regierung in Spiel gebrachten gemeinschaftlichen Anleihen („Coronabonds“) „nur ein Schlagwort“ nannte und die Vorbehalte dagegen für berechtigt erklärte.⁴⁴ Als Antwort auf die empörten Reaktionen südeuropäischer Regierungen kündigte von der Leyen noch am selben Abend einen neuen Vorschlag der Kommission für ein umfassendes Konjunkturpaket an, das in den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der Union eingebettet werden solle.⁴⁵ Auf einer Pressekonferenz Mitte April bestätigte von der Leyen dieses Vorhaben.⁴⁶ Am 27. Mai 2020 schließlich veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für ein Aufbauinstrument namens „Next Generation EU“, das in den EU-Haushalt eingebettet werden solle. Ein vorübergehendes Anheben

37 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Europa in den Medien“ und „Gesundheits- und Verbraucherpolitik“ in diesem Jahrbuch.

38 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens für die Rückführung von EU-Bürgern, Pressemitteilung, 28.1.2020, IP/20/142.

39 Europäische Kommission: Remarks by Commissioners Kyriakides and Lenarčič on the EU's Response to the Developments relating to the Coronavirus, 29.1.2020, SPEECH/20/152.

40 David M. Herszenhorn/Sarah Wheaton: How Europe failed the coronavirus test, in: Politico.eu, 7.4.2020.

41 Europäische Kommission: Remarks by President von der Leyen on the EU's response to COVID-19, 2.3.2020, STATEMENT/20/368.

42 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Kommission stellt Leitlinien für Grenzmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Waren und wesentlichen Dienstleistungen vor, 16.3.2020, IP/20/468.

43 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Europäischer Fahrplan zeichnet Weg zur gemeinsamen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen vor, 15.4.2020, IP/20/652.

44 Süddeutsche Zeitung: Corona-Krise: Von der Leyen warnt vor neuer Kluft in der EU, 28.3.2020.

45 Europäische Kommission: Statement from Commission President von der Leyen on proposals to fight the economic effects of the coronavirus crisis, 28.3.2020, STATEMENT/20/554; David M. Herszenhorn/Lili Bayer/Rym Momtaz: The coronavirus recovery plan that von der Leyen built, in: Politico.eu, 15.7.2020. Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

46 Lili Bayer: Von der Leyen calls for 'huge' initiative within EU budget, in: Politico.eu, 15.4.2020.

der Eigenmittelobergrenze auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Mitgliedstaaten solle es der Kommission erlauben, zu günstigen Konditionen Schulden in Höhe von 750 Mrd. Euro aufzunehmen, deren Rückzahlung aus späteren EU-Haushalten frühestens ab 2028 erfolgen solle. Diese Mittel sollen insbesondere für eine neue „Aufbau- und Resilienzfaszilität“ aufgewendet werden, die Mitgliedstaaten zum einen mit direkten, nicht zurückzuzahlenden Finanzhilfen und zum anderen mit Darlehen zum Wiederaufbau versorgt.⁴⁷ Der Europäische Rat nahm diesen Vorschlag nach langen Verhandlungen am 21. Juli 2020 weitgehend an, auch wenn die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten die Mischung aus Hilfszahlungen und Darlehen in Richtung der Letzteren verschoben.

Eine resilientere EU?

Mit dem Vorschlag des Instruments „Next Generation EU“ ist es der Kommission gelungen, ihren gestalterischen Einfluss auf Krisenreaktionsmechanismen zu sichern. Der Plan, in großem Maßstab über den EU-Haushalt gesicherte gemeinschaftliche Schulden aufzunehmen, kann sicher als Präzedenzfall für zukünftige Krisensituationen gewertet werden. Wie auch schon während der Krise der Eurozone ist es zudem die Kommission, die mit der Umsetzung der neuartigen Maßnahmen betraut ist. Diese zentrale Position in der Umsetzung erlaubt es der Kommission zum anderen, ihre ursprünglichen Schwerpunktthemen in die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie „hinüberzuretten“. So betont die Kommission, dass die bereitgestellten Mittel solchen Projekten zugeführt werden sollen, die im Einklang mit den politischen Leitlinien der Kommission stehen, insbesondere mit dem Europäischen Green Deal, der dadurch zur „Aufbaustrategie“ der EU werden solle.⁴⁸ Gleichzeitig wird sich zeigen, inwieweit die Mitgliedstaaten der EU nach der Krise noch Kapazitäten haben werden, ambitionierte Gesetzgebungsprojekte wie das europäische Klimagesetz weiter zu verfolgen.

Weiterführende Literatur

Politico.eu: Meet the commissioners. All you need to know about Ursula von der Leyen's team, 9.9.2019.

Miriam Hartlapp/Julia Metz/Christian Rauh: Which Policy for Europe? Power and Conflict inside the European Commission, Oxford 2014.

Hussein Kassim et al.: The European Commission of the Twenty-First Century, Oxford 2013.

47 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Die Stunde Europas: Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, 27.5.2020, IP/20/940.

48 Europäische Kommission: Die Stunde Europas, 2020.